



Bund-Länder Finanzbeziehungen: Zum aktuellen Stand der Debatte

„Die Zukunft der föderalen Finanzstrukturen“

Dienstag, 17. November 2015, 15:30 Uhr,
NRW.Bank, Friedrichstraße 1, 48145 Münster

Bernhard Daldrup, MdB



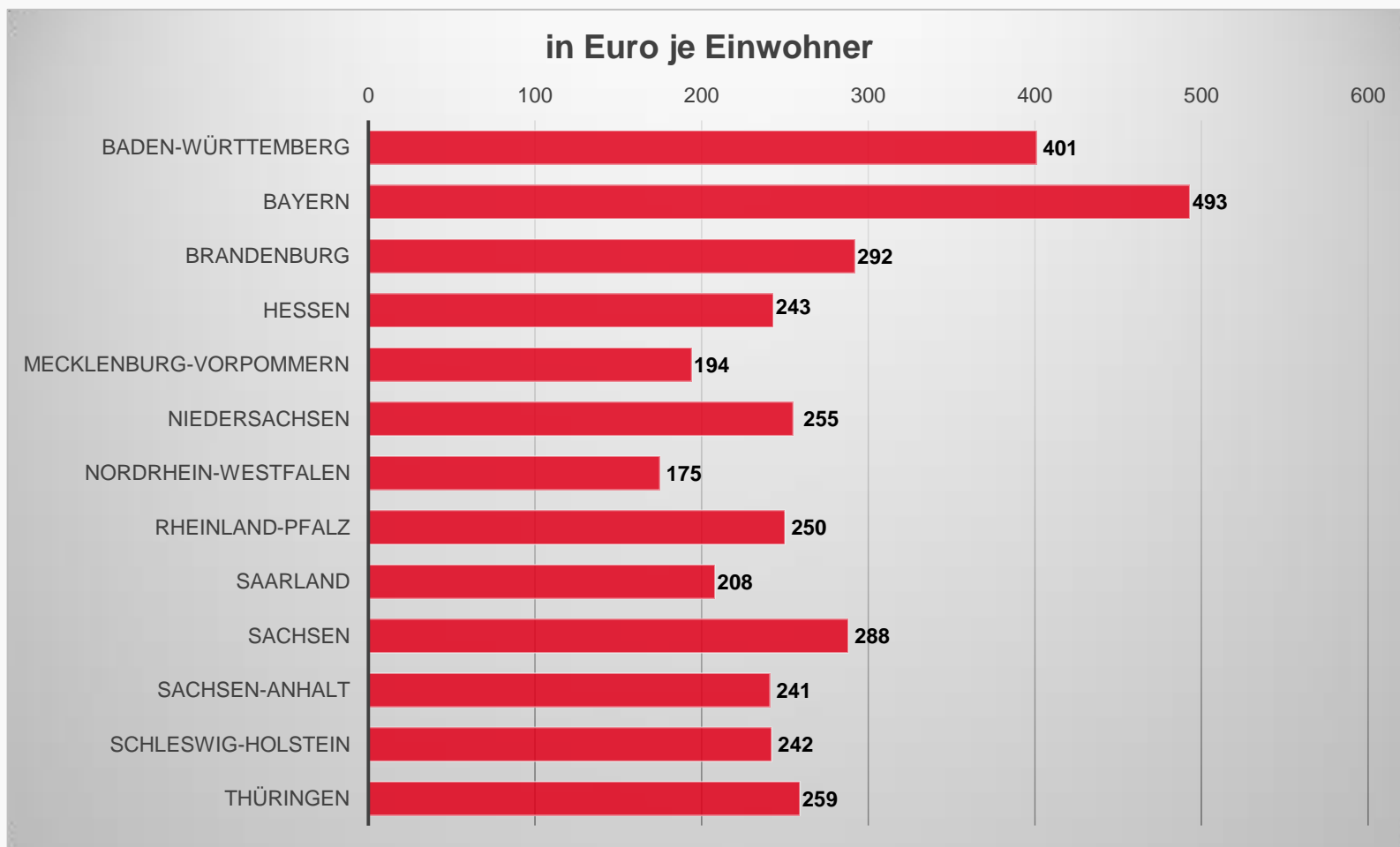
Reformbedarf

| 05.01.2016 | 2

- **2019:** LFG u. Maßstäbegesetzes, Finanzausgleichsgesetzes von 2005, Solidarpaktes II, Gewerbesteuerumlage, GVFG, Schuldenbremse
- **Probleme der Kommunalfinanzen:** Sozialausgaben, Investitionsstau und Verschuldung
- **Wachsende Disparitäten** der Lebensverhältnisse

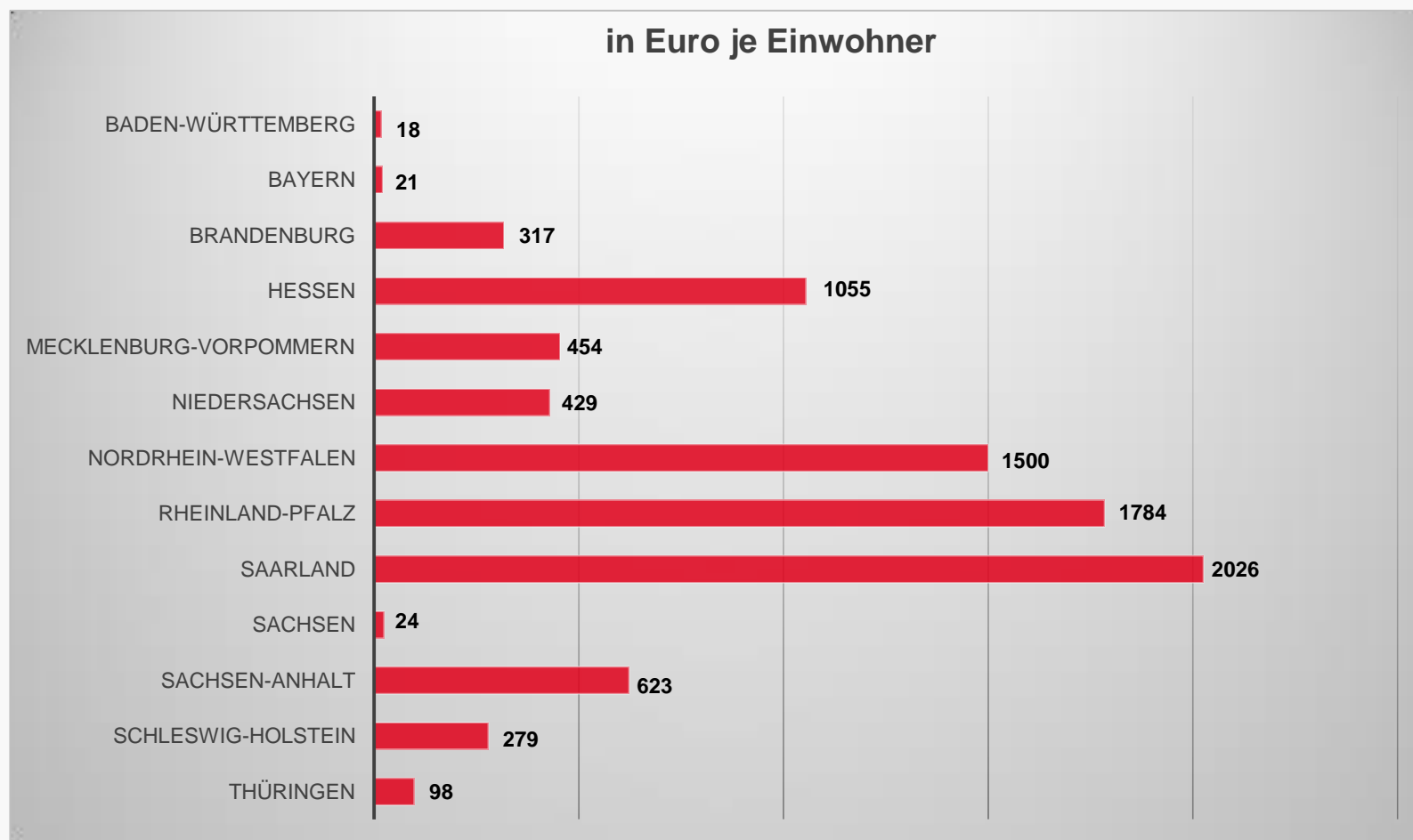
Sachinvestitionen je Einwohner

| 05.01.2016 | 3



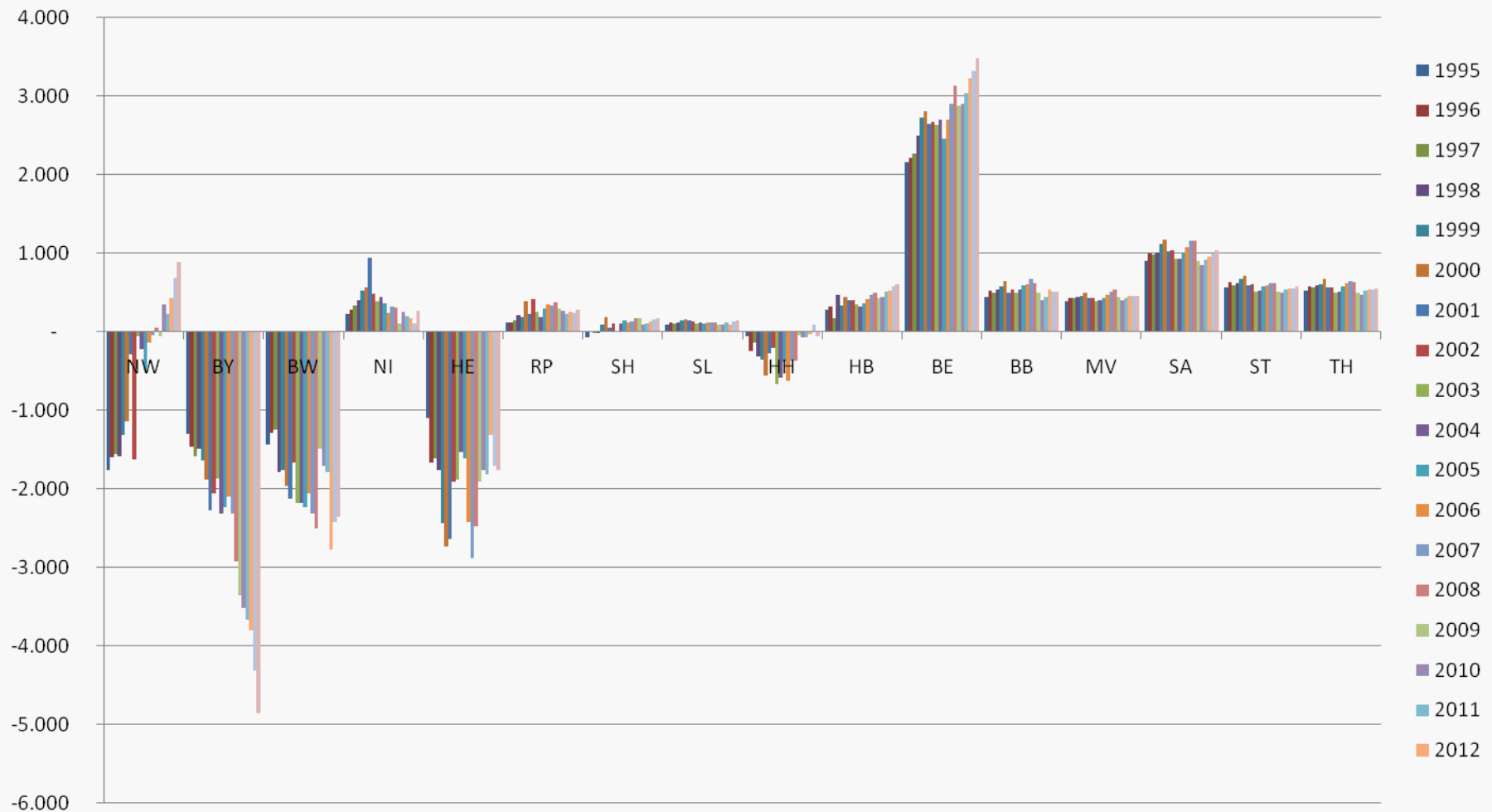
Kassenkredite je Einwohner

| 05.01.2016 | 4



Zahlungen im Länderfinanzausgleich seit 1995

C: HAMBURG | 05.01.2016 | 5



Der Koalitionsvertrag

| 05.01.2016 | 6

„*Spätestens Ende 2019* müssen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geordnet sein. Der Länderfinanzausgleich ist zu diesem Zeitpunkt neu zu regeln. Die Länder werden ab diesem Zeitpunkt *keine strukturellen Defizite* mehr haben. In dieser Legislaturperiode müssen dafür die Weichen gestellt werden. Dazu finden zwischen Bund und Ländern Gespräche statt.

Die Koalition wird *parallel eine Kommission* einrichten, in der Bund und Länder vertreten sind. Dazu werden Vertreter der *Kommunen einbezogen*.

Die Kommission wird sich mit Fragen der föderalen Finanzbeziehungen befassen und dazu Vorschläge erarbeiten. Die Kommission soll *bis Mitte der Legislaturperiode* Ergebnisse zu den nachfolgenden Themenbereichen vorlegen:

....

- *Reform des Länderfinanzausgleichs*
- *Altschulden, Finanzierungsmodalitäten und Zinslasten*
- *Zukunft des Solidaritätszuschlags.“*

Chronologie und Kernelemente

| 05.01.2016 | 7

- **Sept. 2013** **KOAV**
- **Juni 2014** **Zeitplan 2014: Ende 2015**
- **Sept. 2014** **Scholz-Schäuble-Papier**
- **Okt. 2015** **Koalitionsarbeitsgruppe der Bundestagsfraktionen**
- **März 2015** **Merkel, Seehofer, Schäuble: „Soli abschaffen“**
- **März 2015** **Positionspapier Ost-Länder**
- **März 2015** **Vorschlag Kretschmann/Schmid**
- **April 2015** **BMF-Vorschlag (inkl. Soli-Abschaffung)**
- **Juni 2015** **MPK, keine Ergebnisse zu BLF**
- **Juli 2015** **Kamingespräch MPs, neuer Vorschlag Scholz**
- **Sept 2015** **MPK, B-Minister Vorschlag Söder**
- **Dez. 2015** **MPK: Ergebnis?**
- **Sept. 2015** **BK mit Reg.-chef. zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**
- **Informelle Einbeziehung Kommunen**

Positionen I

| 05.01.2016 | 8

Scholz-Schäuble-Papier

- Stärkung Stabilitätsrat
- Integration Soli
 - Integration des Soli in die Gemeinschaftssteuern
 - Abbau kalte Progression
 - Zinshilfen
- Entflechtung/Vertikalisierung
 - Übernahme KdU/ 5 Mrd./2020 vollständig
 - EGH bleibt, länderbezogene Gesetzgebungskompetenz (Wettbewerbsföderalismus)
 - Übernahme Wohngeld/Verzicht auf Wohnungsbauförderung
 - Gegenfinanzierung der Länder für Übernahme KdU
- Gemeinsame Bund-Länder-Anleihen

Positionen II

| 05.01.2016 | 9

Positionspapier BMF („Vorschläge des Bundes“) 15.04.2015

- Stufenweiser Abbau des Soli nach 2020
- Abschaffung Umsatzsteuervorwegausgleich
- Vollständige Einbeziehung kommunaler Steuerkraft
- Linearer Ausgleichstarif LFA
- Absenkung Sobez
- Zinshilfen Saarland und Bremen
- Entflechtungsmittel und GVFG
- 7 Mrd. Bund
- Beschränkte Gesetzgebungskompetenz
- Infrastrukturgesellschaft
- Stabilitätsrat
- Entlastung Kommunen um 5 Mrd.

Positionspapier B-MP's (vom 08.09.2015)

- ...der Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form wird abgeschafft...
- ...

Interessenlagen

| 05.01.2016 | 10

- Jede Ebene die Mittel, die sie zur Aufgabenbewältigung benötigt
- Besserstellung aller Länder nach Auslaufen des Solidarpaktes
- Teilausgleich ostdeutsche Länder für wegfallende SoBEZ
- Bayern, Hessen und Baden-Württemberg (Geberländer) wollen einen höheren Betrag für ihre Landesaufgaben behalten
- Bund und NRW wollen Diskriminierung als Zahlerland wegen Umsatzsteuervorwegausgleich beseitigen und Akzeptanz für LFA gewinnen.
- Bremen und Saarland benötigen Unterstützung bei Bewältigung ihrer Schuldenlasten.
- Westdeutsche Flächenländer wollen ungefähr im Durchschnitt der alten Länder von der Neuordnung profitieren.
- Kommunen ??

Bund-Länder-Finanzbeziehungen

STAND DER DISKUSSION

| 05.01.2016 | 11

Aktuelle Vorschläge zur Neuordnung LFA:

- Abschaffung Umsatzsteuer-Vorwegausgleich; Erhöhung der Transparenz des LFA; linearer Ausgleichstarif; Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder
- Stufenweiser Abbau des Solidaritätszuschlages ab 2020
- Zinshilfen für höchstverschuldete Länder (Saarland, Bremen)
- Entflechtungsmittel, GVFG fließen weiter (bereits vereinbart)
- 8,5 Mrd. Euro mehr vom Bund an Länder (Zusage?)
- Übertragung von Gesetzgebungskompetenzen bei der Eingliederungshilfe, den Hilfen zur Erziehung u.a. an die Länder (kein Konsens)
- Neuregelung der Verwaltung von Bundesfernstraßen (kein Konsens)

Ausgangsüberlegung

VORSCHLAG HAMBURG

| 05.01.2016 | 14

- Bund entlastet Länder ab 2020 um 8,5 Mrd. Euro pro Jahr:
 - Entflechtungsmittel 2,569 Mrd. €
 - GVFG-Mittel 0,333 Mrd. €
 - Zinshilfen Saarland 0,260 Mrd. €
 - Zinshilfen Bremen 0,300 Mrd. €
 - Erhöhte Umsatzsteuer Länder (2014)
 - und allgemeine BEZ 5,038 Mrd. €.
- Umwandlung Ust-Festbeträge (152 Mio. €) in Umsatzsteuer-Punkte
- Abschaffung Umsatzsteuer-Vorwegausgleich
- Berücksichtigung kommunale Finanzkraft im LFA statt bisher mit 64 %
künftig mit höchstens 75 %

(Teil-) Ergebnisse I

| 05.01.2016 | 15

Alle Länder stehen nach Neuordnung der Finanzbeziehungen besser da als bei Fortführung des heutigen LFA nach Auslaufen des Solidarpaktes.

- Bremen und Saarland erhalten Zinshilfen
- Bayern, Hessen und Baden-Württemberg behalten einen höheren Betrag
- Rheinland-Pfalz profitiert ungefähr im Durchschnitt der alten Länder; Niedersachsen und Schleswig-Holstein profitieren auf Niveau von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen; Niedersachsen am unteren Rand
- Ostdeutsche Länder erreichen den angestrebten finanziellen Status strukturell und ohne Bundesergänzungszuweisungen; Änderungen ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft haben automatische Folgen im Finanzausgleichssystem
- Ostdeutsche Länder verlieren beim Wegfall des Umsatzsteuer-Vorwegausgleichs; also fordern sie wiederum einen Ausgleich

(Teil-) Ergebnisse II

NRW WÜRD E WIEDER ZÄHLERLAND

| 05.01.2016 | 16

- NRW war lange Zählerland. Ohne Berücksichtigung des komplizierten Umsatzsteuer-Vorwegausgleichs wäre es dies auch nach wie vor. Durch dessen Wegfall (Abschmelzung um mindestens 80%) erlangt NRW diesen Status wieder
- Damit würde die Belastung im engeren Finanzausgleich von fünf Ländern getragen, in denen die Mehrheit der Bundesbevölkerung (48 Mio. Einwohner) wohnt
- Dies erfüllt eine Forderung der NRW-Landesregierung und steigert die Legitimation des Gesamtsystems.

Kommunale Fragestellungen

| 05.01.2016 | 15

- Welcher Transferweg für die jährlich 5 Mrd. sollte gewählt werden? (KdU, Umsatzsteuerbeteiligung, Änderung GG 106 (5a)) „Er wird auf der Grundlage eines wirtschaftsbezogenen Schlüssels...“
- Soll es beschränkte Gesetzgebungskompetenzen z.B. bei der EGH der Länder geben?
- Wie soll sich der Bund dauerhaft und strukturell an den Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern beteiligen? Neue Gemeinschaftsaufgabe nach 91 a GG; Aufhebung des Kooperationsverbots?

Kommunale Fragestellungen

| 05.01.2016 | 16

- Eine stufenweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags nach 2020 (der 2018 rund 18 Mrd. Euro generieren soll) wird zu erheblichen Einnahmeverlusten der öffentlichen Hand führen. Soli abschaffen?
- Die Abschaffung des Umsatzsteuervorwegausgleichs entlastet steuerstarke Länder – die vollständige Berücksichtigung kommunaler Steuerkraft im LFA belastet diese andersherum aber wieder.
- Sind Bund-Länder-Anleihen und gemeinsames Schuldenmanagement zur Mobilisierung von Zinsvorteilen hinreichend?
- Ist ein Altschuldentilgungsfond erforderlich?